

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d

## Inhalt

Kurt Partzsch, Bundesvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt, erläutert die Vorhaben seiner Organisation im Jahr der Behinderten: Sonderrollen abbauen.  
Seite 1-3

Hans-Jochen Vogel MdB unterstreicht, daß Berlin ein vitales Interesse an Kontinuität hat: Vertrauen zurückgewinnen.  
Seite 4/5

Volker Neumann MdB erklärt warum die Aufhebung der Todesstrafe Kim Dae Jung nicht das letzte Wort bleiben darf: Kim wäre bei uns willkommen.  
Seite 6

Renate Lepsius MdB setzt sich mit der jüngsten Ausgabe des Spiegels auseinander: Die SPD läßt sich nicht in die Resignation treiben.  
Seite 7

### Dokumentation

Hans Apel zum Uniformverbot bei der Dönitz-Beisetzung.  
Seite 8/9

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godsberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 16

23. Januar 1981

Sonderrollen abbauen

Arbeiterwohlfahrt im Jahr der Behinderten

Von Kurt Partzsch  
Bundesvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt

Für die Arbeiterwohlfahrt waren und sind soziale Arbeit und politische Einflußnahme stets zwei Seiten einer Medaille. Es gibt selten wertfreie, unpolitische soziale Arbeit. Und die Politik formuliert Rahmenbedingungen und Ziele für die konkrete Sozialarbeit. Gerade die Behindertenhilfe zeigt deutlich, wie wichtig es ist, daß Bürger, Betroffene, Verbände und Politiker einander ergänzen und stets weiter als bis zum Rande ihres Tellers schauen.

Der Politiker kann allgemeine Regelungen schaffen, Rechte festlegen oder Institutionen errichten. Wir als Arbeiterwohlfahrt können in diesem Rahmen gemeinsam mit Behinderten arbeiten, können Dienste anbieten, Rehabilitationseinrichtungen aufbauen, Selbst- und Nachbarschaftshilfe anregen. Unsere Arbeit ist somit zwischen Politikern, Betroffenen und anderen Bürgern angesiedelt. Und damit ist auch schon ein Spannungsfeld bezeichnet, dem gerade im Jahr der Behinderten unsere besondere Aufmerksamkeit gelten soll.

Behindertenhilfe sollte den Betroffenen ein Leben ermöglichen, daß so normal wie irgend möglich ist. Dabei soll nicht verkannt werden, daß häufig in besonderer Weise Hilfe, Schutz, auch spezifische Einrichtungen vonnöten sind. Was aber nicht nötig ist, ist die verwirrende Vielfalt von Sonderregelungen, Sonderzuständigkeiten und oftmals auch Sondereinrichtungen. Nach Meinung der Arbeiterwohlfahrt ist es dringend erforderlich, die das Rehabilitationsgeschehen lenkenden Bestimmungen zusammenzufassen, anzugleichen und als eigenen Teil in das Sozialgesetzbuch einzubauen. Seit langem gilt in der Sozialpolitik das Finalprinzip als Richtschnur: Jedem soll zielgerichtet geholfen werden, unabhängig von der Ursache seiner Schwie-



rigkeiten oder der Art der sozialen Absicherung. Davon kann im Rehabilitationsrecht noch lange nicht die Rede sein. Leider haben auch das Reha-Angleichungsgesetz von 1974 und die Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation die Erwartungen nicht erfüllt, jedem Behinderten in gleicher und unbürokratischer Weise zu helfen. Es hängt heute oftmals vom Wohnort, von der Sachkenntnis der zuständigen Angestellten beziehungsweise Beamten und von der Art der sozialen Sicherung ab, wo und wie schnell geholfen wird.

Deshalb müssen zwar die beteiligten Träger der sozialen Sicherung (Kranken-, Renten- und Unfallversicherung, Bundesanstalt für Arbeit und Sozialhilfeträger) nach gleichen Kriterien verfahren. Ebenso wichtig ist aber, daß kompetente, gemeindenaher Anlauf- und Beratungsstellen geschaffen werden, damit die Betroffenen nicht weiter von einer Stelle zur anderen geschickt werden.

"Behindertenhilfe gehört ins Rathaus", diese Forderung hat die Arbeiterwohlfahrt schon im vergangenen Jahr aufgestellt. Die Verwaltungsreformen der letzten Jahre gingen davon aus, jeder Bürger solle die wichtigsten, alltäglichen Angelegenheiten im Rathaus erledigen können, aus dem er bekanntlich klüger wieder herauskommt als er hineingegangen ist. Es gibt eine ganze Reihe von Aufgaben, die durchaus von der Kommunalverwaltung wahrgenommen werden können und die heute noch etwa von den Versorgungsämtern und den Hauptfürsorgestellen erledigt werden. Dies zu ändern, wäre eine sinnvolle Weiterentwicklung der Verwaltungsreformen. Damit würde auch ein Teil jener Sonderrollen abgebaut, denen Behinderte oft unnötigerweise ausgesetzt werden.

Der Anspruch, so normal wie möglich trotz Beeinträchtigungen leben zu können, wird in letzter Zeit erfreulicherweise von Behinderten selbst deutlich formuliert. Wie das oft zitierte Frankfurter "Behindertenurteil" zeigte, werden Behinderte oft als Fremdkörper empfunden. Man weiß mit ihnen oft nicht umzugehen. Je mehr es uns gelingt, den Alltag gemeinsam zu gestalten, umso besser dürfte solche Distanz, dürften solche Vorurteile abgebaut werden können.

So oft es irgend geht, sollten Behinderte und Nichtbehinderte miteinander lernen, gemeinsam arbeiten und nebeneinander wohnen. Selbstkritischer als noch vor vielen Jahren fragen wir uns heute bei der Planung einer neuen Einrichtung, ob wir sie wirklich brauchen oder ob sich nicht die spezifischen Hilfen für Behinderte an andere Dienste angliedern lassen oder gar überflüssig seien.

Es gibt in der Arbeiterwohlfahrt viele Beispiele dafür, wie Behinderte und Nichtbehinderte gemeinsam Urlaub machen oder gemeinsam den Kindergarten besuchen. Aber auch zur Förderung dieses Miteinander ist der Staat gefordert.

So halten wir es für notwendig, daß in jedem Schulbezirk zumindest eine Schule jeder Schulart auch für Körperbehinderte zugänglich sein muß. Körperbehinderung ist nur in den seltensten Fällen ein Grund, eine Sonderschule zu besuchen. Ebenso hält es die Arbeiterwohlfahrt für wichtig, durch gesetzliche Mindestanforderungen für behindertengerechte Wohnungen, öffentliche Einrichtungen und Verkehrsmittel bei allen Neu- und Umbauten einen Teil sozialer Integration zu ermöglichen.

Unter dem Motto "Jeder ist ein Teil des Ganzen" wurde vor Jahren Sympathiewerbung für Behinderte betrieben. Eine solche Parole bleibt blaß, wenn wir nicht auch fragen,



was denn der Behinderte beitragen kann für diese Gesellschaft, wo er nicht nur geduldeter, oft nur bemitleideter Teil des Ganzen ist. Hier kommt der Arbeitswelt eine ganz besondere Bedeutung zu. Zu arbeiten heißt nicht nur, den Lebensunterhalt selbst verdienen zu können. Durch den Arbeitsplatz werden auch vielfältige soziale Kontakte vermittelt. Angesichts der hohen Arbeitslosenzahl haben es sich nun viele Unternehmen leisten können, die Arbeitsplatzbeschreibungen für hochleistungsfähige Mitarbeiter aufzustellen. Benachteiligt sind die Behinderten. Doch Behinderung heißt ja nicht, der ganze Mensch sei weniger einsatzfähig. Behinderung bedeutet lediglich, daß bestimmte Möglichkeiten eingeschränkt oder nicht gegeben sind. Deshalb ist es dringend erforderlich, den Begriff "Minderung der Erwerbsfähigkeit" aus dem Sozialrecht zu tilgen. Es sollten vielmehr Verfahren und Begriffe entwickelt werden, die genauer die Situation des Betroffenen und die Anforderungen des Arbeitsplatzes beschreiben.

Die Arbeiterwohlfahrt wird das Jahr der Behinderten zum Anlaß nehmen, möglichst viele alltägliche Begegnungen von Behinderten und Nichtbehinderten möglich zu machen. So werden wir uns verstärkt darum bemühen, unsere sozialen Angebote für jedermann, also auch für Behinderte zugänglich zu machen. Wir haben uns auf örtlicher Ebene mit den verschiedensten Verbänden zusammengesetzt, um zu klären, wie in deren Verbandsleben Behinderte eingebunden werden können. Und wir werden durch unsere Clubarbeit und durch vielfältige lokale Veranstaltungen Behinderte und Nichtbehinderte zusammenbringen.

Es geht uns nicht darum, in diesem Jahr spektakuläre Veranstaltungen anzubieten, die Eintagsfliegen bleiben müssen. Vielmehr wollen wir das Jahr nutzen, um Grundlagen für eine soziale Integration zu schaffen, für möglichst viele Gemeinsamkeiten, für ein Miteinander im Alltag. Wenn das zu einem gewissen Teil gelingt und wenn die Politiker Rahmenbedingungen dafür schaffen, die über 1981 hinauswirken, dann könnte das Jahr der Behinderten einen guten Sinn haben. (-/23.1.1981/ks/ca)

+ + +



Vertrauen zurückgewinnen  
-----

Berlin hat ein vitales Interesse an Kontinuität

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB

Die Aufforderung, mich für das Amt des Regierenden Bürgermeisters von Berlin zur Verfügung zu stellen, liegt zweiundsiebzig Stunden zurück. Es wäre Hochstapelei, wenn ich schon jetzt ein vollständiges Programm für die Arbeit eines neuen Senats bis zu den Neuwahlen oder gar die Umriss einer Regierungserklärung vorlegen wollte. Was Sie von mir erwarten können, sind Antworten auf Fragen nach den Zielen, Elementen und Grundsätzen, von denen ich bei der Erarbeitung des Konzepts ausgehen will. Diese will ich stichwortartig geben.

Meine kommunalpolitischen Zielvorstellungen können Sie

- aus den Ergebnissen meiner zwölfjährigen Arbeit als Oberbürgermeister von München und
- aus meinen Reden und Schriften der damaligen Zeit ableiten, insbesondere aus dem Grundsatzreferat "Rettet unsere Städte jetzt", das ich als Präsident des deutschen Städtetages 1971 gehalten habe.

Mein Ziel war und ist die menschliche Stadt.

Grundlage der Arbeit bleibt die Koalitionsvereinbarung von 1979. Sie muß jedoch der neuen Situation angepaßt werden. Das heißt

- Konzentration auf das Leistbare
- Zurückstellung all dessen, was zur Verzettelung der Kräfte führt und
- Erhaltung und Ausbau der Reformansätze.

Daraus folgt unter anderem:

- 1/ Überprüfung des Konzepts der internationalen Bauausstellung, auch in zeitlicher Hinsicht.
- 2/ Prüfung, wie die Initiative auf dem Gebiet der Wohnungsversorgung zurückgewonnen werden kann. Ich sehe die Gefahr, daß nur noch reagiert wird. Ich bin sehr dafür,



die private Bautätigkeit anzuregen, aber dies darf nicht auf dem Rücken der sozial schwachen Gruppen geschehen.

- 3/ Verstärkte Hinwendung zu den konkreten Problemen und Notlagen der ausländischen Mitbürger.

Notwendig sind weitere Schritte zur Wiederherstellung verlorengegangenen Vertrauens. Hier erscheint mir wichtig:

- 1/ Strenge Trennung von Entscheidung, Vollzug und Kontrolle - insbesondere in Bereichen, in denen sich Wirtschaft, Finanzen, Verwaltung und Politik überschneiden, auch in der Praxis. Stärkere Identität von Verantwortung und Entscheidungsmacht.
- 2/ Normaler Umgang zwischen Politik und Bürger. Weder Herablassung noch Anbiederung. Bereitschaft zum Eingeständnis von Irrtümern und zur Aussage, daß man die Lösung eines Problems erst suche. Besserer Umgang auch unter den Politikern. Weniger Hämne und Polemik. Weniger Rechthaberei über Vergangenes. Gemeinsames Bemühen um mehr politische Kultur.
- 3/ Loyale Zusammenarbeit unter Beachtung der üblichen Regeln. Einheit von Reden, Verhalten und Handeln.

Berlin hat noch eine weitere zentrale Aufgabe. Denn neben der Bewältigung von Problemen, die die Stadt mit vielen Metropolen teilt, steht die Aufgabe, die sich aus der besonderen Lage Berlins ergibt. Die Politik der sozial-liberalen Bundesregierung Brandt/Scheel und Schmidt/Genscher hat die Erfüllung dieser Aufgabe erleichtert. Ergebnisse dieser Politik des Gleichgewichts und der Zusammenarbeit waren die Sicherung Berlins durch das Vier-Mächte-Abkommen vom 3. September 1971 mit den ergänzenden deutsch-deutschen Vereinbarungen und darauf aufbauende konstruktive lokale Aktivitäten.

Diese Politik muß zäh und konsequent fortgesetzt werden. Dazu gehören: das enge Zusammenwirken mit den drei westlichen Schutzmächten, die die Freiheit und Sicherheit dieser Stadt auf der Grundlage ihrer Rechte und Verantwortlichkeiten verbürgen sowie die durch das Vier-Mächte-Abkommen bestätigten engen Bindungen zur Bundesrepublik Deutschland. Das setzt Stetigkeit und Berechenbarkeit, aber auch den festen Willen zur Verständigung auch mit dem anderen deutschen Staat voraus. Nur so kann auch das Bemühen um praktizierte Menschlichkeit in und um Berlin über Rückschläge hinweg Früchte tragen.

Berlin hat ein vitales Interesse an der Kontinuität und dem Erfolg dieser Politik. Umgekehrt ist Berlin eine Stadt, die dem Frieden und der Menschlichkeit einen besonderen Dienst leisten kann. Dies umso wirksamer, je mehr und je besser die Stadt ihre kommunale Aufgabe erfüllt.

(-/23.1.1981/ks/ca)

(Originaltext der Erklärung vor der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses am 22. Januar 1981)

Vernünftiger Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier



Kim Dae Jung wäre bei uns willkommen  
-----

Die Aufhebung der Todesstrafe darf nicht das letzte Wort bleiben

Von Volker Neumann MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Flüchtlingsfragen der SPD-Bundestagsfraktion

Mit Erleichterung haben alle, die sich in den vergangenen Monaten um Leben und Freiheit von Kim Dae Jung bemüht haben, die Nachricht registriert, daß die Todesstrafe nun nach einem Beschluß des südkoreanischen Kabinetts nicht vollzogen werden soll. Es besteht kein Zweifel, daß das Regime in Seoul nur durch die internationalen Proteste davon abgehalten wurde, das Schandurteil gegen den weltweit geachteten Demokraten zu vollstrecken. Mit Befriedigung kann man auch registrieren, daß der neue US-Präsident Ronald Reagan dem südkoreanischen Präsidenten Tschun Doo hwan deutlich gemacht hat, daß die Aufhebung der Todesstrafe eine Voraussetzung für die Gespräche ist, die beide Politiker in Kürze in Washington führen werden. Man möchte wünschen, daß Ronald Reagan bei dieser Handhabung gegenüber Menschenrechtsverletzern bleibt und sich auch weiterhin für Kim Dae Jung einsetzt.

Die Aufhebung der Todesstrafe und ihre Umwandlung in eine lebenslange Haftstrafe sowie die Reduzierung der Strafen von elf weiteren Menschenrechtlern kann nicht das letzte Wort sein. Jeder weiß, daß das Militärgericht in Seoul nicht Recht gesprochen, sondern Recht gebeugt hat. Letztlich ist der Kabinettsbeschluß von Seoul ein Eingeständnis der Tatsache, daß hier versucht werden soll, die innenpolitische Zuchtrute weiter zu handhaben, aber zugleich das Ansehen in der Weltöffentlichkeit nicht gänzlich zu verspielen.

Nachdem das Leben Kim Dae Jungs gerettet zu sein scheint, gilt es jetzt, sich weiter für die Freiheit dieses Mannes und seiner Mitstreiter einzusetzen. Der erste Erfolg darf uns nicht müde machen. Erst wenn durchgesetzt worden ist, daß Kim Dae Jung auf freiem Fuß ist, können wir zufrieden sein. Deshalb sollten die Regierungen, die sich bisher für die verhafteten südkoreanischen Oppositionellen eingesetzt haben, mit Nachdruck ihr Angebot erneuern, den Verfolgten politisches Asyl zu gewähren. Kim Dae Jung und seine Freunde wären in der Bundesrepublik Deutschland willkommen.

(-/23.1.1981/vo-he/ca)

+

+

+



Ein SPIEGEL zum Wandern  
-----

Die SPD läßt sich nicht in Resignation treiben

Von Dr. Renate Lepsius MdB

"Unter den Bonner Regierungsparteien herrschte vergangene Woche Endzeitstimmung. Allenthalben Ungewißheit und Unsicherheiten, Beklemmung und Depression."

Dies Zitat aus einem Hamburger Nachrichtenmagazin ist uns allen sogleich bekannt, die Sprache vertraut. Aber diese Sätze stehen nicht in der Titelgeschichte vom 19. Januar 1981, nein, es handelt sich um das Pendant vom 28. März 1977, fünf Monate nach dem sozial-liberalen Wahlsieg von 1976 - wie sich die Worte gleichen, obwohl die Jahre verschieden sind.

In der dieswöchigen Ausgabe spricht der Spiegel von der Lust am Untergang in der SPD, von der inneren Zerstrittenheit der Sozialdemokratie und von einer Bundespartei, die ähnlich arm dran ist, wie die "SPD-Ruine Berlin".

Die Thesen und Fragen des Spiegels nach vier Jahren ähneln sich erstaunlich. Eigentlich ein Wunder, daß diese Partei trotz der vom Spiegel immer wieder attestierten Zerstrittenheit und Frustration seit fast zwölf Jahren immer noch erfolgreich in Bonn regiert.

Man sieht also, es darf nicht alles für bare Münze genommen werden, was Journalisten beim Versuch, Konflikte publizistisch aufzubauschen, in Krisen hineininterpretieren.

Sicherlich, das bittere Erwachen in Berlin muß gerade uns Sozialdemokraten nachdenklich stimmen. Eigene Fehler und Versäumnisse dürfen nicht übertüncht werden. Jedoch 1977 wie heute handelt es sich mehr um politischen Überdruß, als um wirklich ersten politischen Notstand.

Die SPD hat in ihrer wechselhaften Geschichte immer gezeigt, daß sie sich durch Ereignisse wie in Berlin nicht in Resignation treiben läßt und kampflös aufgibt. Es gilt, sich wieder auf die eigenen Programme zurückzubessern, damit sozialdemokratische Programmatik weiter in praktische Politik umgesetzt wird. Nur so kann die verlorene Glaubwürdigkeit zurückgewonnen werden. (-/23.1.1981/ks/ca)

+ + +



Dokumentation

Bundesverteidigungsminister Dr. Hans Apel hat zum Verbot der Teilnahme von Soldaten in Uniform an der Beisetzung des früheren Großadmirals Karl Dönitz zahlreiche ablehnende Briefe erhalten. Er hat sie mit dem hier dokumentierten Wortlaut beantwortet:

Zu verbrecherischen Zwecken mißbraucht  
-----

Die Entscheidung, den verstorbenen Großadmiral Dönitz durch die Bundeswehr nicht öffentlich zu ehren und Soldaten zu verbieten, in Uniform an der Beerdigung teilzunehmen, hat ein breites Echo in der Öffentlichkeit gefunden. Nicht alle haben sie verstanden, einige sogar mißdeutet.

Ich stelle hierzu fest:

Mit der Entscheidung wird kein Urteil über die militärischen Leistungen des Verstorbenen gefällt. Es wird auch nicht verkannt, daß es viele Menschen gibt, die Karl Dönitz für die Rettung von Flüchtenden dankbar sind. Dies steht außer Zweifel und mit meiner Weisung in keinem Zusammenhang. Dennoch darf auch nicht vergessen werden, daß erst der von Nazi-Deutschland vom Zaune gebrochene 2. Weltkrieg mit seinen schrecklichen Folgen für Europa und unser Volk Flucht und Rettung Millionen Deutscher notwendig machte.

Folgende Umstände und Tatsachen hatte ich zu berücksichtigen und meiner Entscheidung zugrundegelegt:

1. Großadmiral Karl Dönitz verkörpert 12 Jahre nationalsozialistischer Herrschaft. Er war nicht nur Soldat. Er gehörte zu den Spitzen des nationalsozialistischen Staates. Dies mag auch Verstrickung gewesen sein, es bleibt gleichwohl eine Tatsache. Dönitz hat in Wort und Schrift nie Zweifel daran gelassen, daß er sich mit den Zielen des Nationalsozialismus identifizierte.
2. Soldatische Pflichterfüllung und militärische Tüchtigkeit sind nicht zu trennen von den politischen Zielen, denen sie dienen. Für viele mag zutreffen, daß sie über





Hitlers Ziele getäuscht wurden und den verbrecherischen Charakter der Führung des Dritten Reiches nicht erkannten.

Für den Oberbefehlshaber eines Wehrmachtsteils kann dies nicht gelten. Er muß sich daran messen lassen, ob und wie weit er zu politischer Einsicht fähig und seiner politischen Mitverantwortung gewachsen war.

3. Der Nationalsozialismus hat soldatische Tugenden, vor allem den Gehorsam, zu verbrecherischen Zwecken mißbraucht. Ein Oberbefehlshaber kann sich deshalb nicht durch Berufung auf seine Gehorsampflicht von seiner Verantwortung lösen.

Großadmiral Dönitz war zu seinen Lebzeiten außerstande, sich mit seiner Position gegenüber den Nationalsozialisten und dem Widerstand kritisch auseinanderzusetzen.

4. Das Uniformtragen bei der Teilnahme an den Beisetzungsfestlichkeiten des Großadmirals Dönitz wurde auch aus politischer Verantwortung untersagt. Soldaten waren vor politischen Mißdeutungen zu schützen.

Das Soldatengesetz verbietet dem Soldaten der Bundeswehr die Teilnahme an politischen Veranstaltungen in Uniform. Auch aus anderen Gründen kann der militärische Vorgesetzte - so auch der Bundesminister der Verteidigung - das Tragen der Uniform zu einem bestimmten Anlaß verbieten. Ich konnte es nicht zulassen, daß unsere Bundeswehr wegen der Teilnahme einzelner Soldaten in Uniform an den Beisetzungsfestlichkeiten weltweit Zweifeln an ihren festen demokratischen und republikanischen Bindungen ausgesetzt wird. Unsere Bundeswehr und ihre Soldaten sind Teil unserer Gesellschaftsordnung. Karl Dönitz ist für sei kein Vorbild.

Man kann Karl Dönitz zugute halten, daß er selbst Verständnis dafür hatte, wenn die Bundeswehr und ihre Marine Distanz zu ihm hielten. Diese Distanz hatte Gründe, die auch durch den Tod von Karl Dönitz nicht aufgehoben wurden. (-/23.1.1981/hi/ca)

+ + +  
Verantwortlich: Willi Carl

